

Die Bürger, die Parteien und die Demokratie in Westeuropa

1. Anmerkungen und Analysen zum Problem der Politikverdrossenheit ^[1]

„Noch nie waren die Noten so schlecht. Das Vertrauen, daß die Politiker die anstehenden Probleme meistern können, ist auf ein Minimum gesunken“ stellte das ZDF-Politbarometer in seiner Ausgabe vom Januar 1993 fest. Nach den Behauptungen des GRÜNEN-Politikers Hubert Kleinert [2] befinden wir uns derzeit sogar „mitten in der tiefsten Krise der Politik in der Geschichte der Bundesrepublik“. Es kommt offenbar nicht von ungefähr, daß der Begriff der Politikverdrossenheit, der das weit verbreitete Unbehagen der Bevölkerung an den Zuständen im Staate, an den Politikern und nicht zuletzt an den politischen Parteien auf eine griffige Formel bringt, in der Bundesrepublik zum Wort des Jahres 1992 avancierte.

Im Zentrum des Unbehagens an der Politik stehen allem Anschein nach die Parteien. Dabei ist die Rolle der Parteien im politischen System seit den Anfängen der Parteienforschung Gegenstand von Kritik und skeptischen Prognosen: Zutreffend stellt Richard Stöß [3] fest: „Die Unzufriedenheit mit den politischen Parteien ist so alt wie die Parteien selbst. Seit ihrer Existenz artikulieren sich Unzufriedenheit und Mißmut, aber auch Zuspruch und Unterstützung“. Wie Stöß aufzeigt, war die Entwicklung der Volksparteien in der Bundesrepublik von Anfang an von kritischen und von wohlwollenden Kommentaren aus der Wissenschaft und der politischen Publizistik begleitet. Allein im Jahr 1987 erschienen in der Bundesrepublik zwei Sammelbände, die die Krise des deutschen Parteiensystems zum Thema machten: einmal mit Fragezeichen [4] und einmal ohne ein solches [5]. Die Arbeiten über die Krise der Parteien und des Parteienstaates in Deutschland und anderen Demokratien lassen sich mittlerweile problemlos in Regalmessern messen.

In Anbetracht dieser langen Tradition der Parteienkritik könnte man geneigt sein, zur Tagesordnung überzugehen und die entsprechenden wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzungen mit der Leistungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit der politischen Parteien unter der Rubrik „business as usual“ abzubuchen. Dennoch scheint die derzeit von Beobachtern konstatierte Krise der Parteien in mindestens zweierlei Hinsicht ein neuartiges Phänomen zu sein: Im Unterschied zu früheren Entwicklungsphasen, in denen sich die Parteienkritik kaum auf empirisch greifbare Tatbestände stützen konnte, hat die gegenwärtige Debatte eine reale, am politischen Verhalten der Bevölkerung festzumachende Grundlage. Wie die außergewöhnlich starken Veränderungen der parteipolitischen Kräfteverteilung [6] und die zunehmende Tendenz zur Stimmenthaltung bei Wahlen sowie die spektakulären Erfolge von Protestparteien und extremistischen Gruppierungen belegen, scheint es sich bei der derzeitigen Krise des Parteiensystems der Bundesrepublik nicht um eine Schreibtischkonstruktion von Politikwissenschaftlern zu handeln, sondern um eine reale Erscheinung. Zudem vollzieht sich die Abwendung der Bevölkerung von den etablierten Parteien nahezu in weltweitem Maßstab. Besonders spektakuläre Beispiele für den Umbruch in den Beziehungen der Bevölkerung zu den Parteien und die wachsende Instabilität der etablierten Formen der Parteiendemokratie stellen die jüngsten Parlamentswahlen in Frankreich und Italien dar. Nur in Folge des Mehrheitswahlrechts kamen die dramatischen Stimmenverluste der französischen Sozialisten bei den Parlamentswahlen 1993 den bürgerlichen Parteien zu Gute. Gemessen am Stimmenanteil profitierten die Rechtsextremen, die Ökologen und die parteiunabhängigen Bewerber vom Zerfall der Sozialisten. Geradezu erdrutschartig fiel die Veränderung der italienischen Parteienlandschaft aus. Die Christdemokraten und ihre Koalitionspartner, die seit 1946 das politische Leben Italiens bestimmten, sind seit der Parlamentswahl im März 1994 auf den Status von Splitterparteien geschrumpft bzw. gänzlich von der Bildfläche verschwunden. Wer auf längere Sicht ihre Rolle im politischen System übernehmen wird, ist derzeit völlig ungewiß.

Haben wir es in der westlichen Welt also tatsächlich mit einer tiefgreifenden Krise in den Beziehungen der Bevölkerung zur Politik zu tun, für deren Entstehen in erster Linie die politischen Parteien verantwortlich zu machen sind? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Wandel des Verhältnisses der Wähler zu den politischen Parteien für die Unterstützung der Demokratie? Ist die Parteien- und Politikverdrossenheit als eine generelle Erscheinung in den westlichen

Demokratien zu betrachten oder stellt sich die Struktur und Entwicklung der politischen Einstellungen in verschiedenen Staaten unterschiedlich dar? Den zahlreichen Spekulationen über diese Fragen stehen nur wenige vergleichende, langfristig angelegte Studien gegenüber, die den Versuch unternehmen, das Phänomen der Parteien- und Politikverdrossenheit mit den Mitteln der empirischen Umfrageforschung in den Griff zu bekommen. Ein derartiges Ziel verfolgt dieser Beitrag. Er enthält den Versuch, die Struktur und die Entwicklung der Einstellungen der Bevölkerung zu den politischen Parteien und zum demokratischen Staat einer genaueren empirischen Analyse zu unterziehen. Drei Fragen stehen dabei im Vordergrund:

1. Gibt es in der Entwicklung der Einstellungen der Bevölkerung vier westeuropäischer Demokratien Anzeichen für eine Abwendung von den (etablierten) Parteien und wie stellt sich diese Entwicklung in den einzelnen Staaten dar?
2. Entwickelt sich die Einstellung zur Demokratie in ähnlicher Weise wie die Parteibindung und welche nationalen Entwicklungsmuster treten in diesem Bereich auf?
3. Besteht ein Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den politischen Parteien und der Unterstützung des politischen Systems, hat also eine eventuell vorhandene negative Einstellung zu den politischen Parteien auf das Verhältnis der Bevölkerung zur Demokratie übergreifen?

Als Grundlage der Untersuchung dienen die im Auftrag der EG-Kommission erhobenen Eurobarometer-Umfragen, in denen die Parteibindung und die Demokratiezufriedenheit halbjährlich mit identischen Meßinstrumenten erhoben wird. Die Analyse bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer), Frankreich, Italien und die Niederlande. [7] Im Hinblick auf ihre unterschiedliche politische Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert sowie die bereits erwähnten aktuellen Umbrüche in der Parteienlandschaft stellen die vier Länder interessante Vergleichsobjekte dar. Schließlich konnten sich die politischen Parteien in allen vier Staaten als Träger des Prozesses der Interessenvermittlung fest etablieren. Sie kontrollieren den Zugang zu den Machtzentren von Staat und Politik und spielen im Austausch zwischen Regierenden und Regierten eine wichtige Rolle. Auch wenn sich das Ausmaß der parteipolitischen Mediatisierung des politischen Prozesses von Land zu Land unterscheidet, können alle vier hier untersuchten Nationen als „Parteienstaaten“ charakterisiert werden. [8]

2. Die Beziehung der Bevölkerung zu den politischen Parteien – Konzepte, Meßmöglichkeiten und Entwicklungen in vier west-europäischen Staaten

Keine Kategorie politischer Akteure stand so sehr im Zentrum der Debatte über die Politikverdrossenheit wie die politischen Parteien. Seit längerer Zeit gelten sie als Auslösefaktoren einer Entfremdung der Bevölkerung von der Politik. Eine der möglichen Ursachen für die Ausbreitung parteienkritischer Einstellungen bzw. von „Parteiverdrossenheit“ sieht Hartmut Jäckel [9] in dem „im (Unter-)Bewußtsein vieler Bürger tief eingensetzten Verdruß darüber ..., daß die politischen Parteien im öffentlichen Leben des demokratisch organisierten Gemeinwesens eine Rolle spielen oder zu spielen beanspruchen, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu ihren Verdiensten, ihren Leistungen stehe.“ Hans-Herbert von Arnim [10], der sich in den vergangenen Jahren als einer der schärfsten Kritiker der deutschen Parteien hervortat, konzentriert seine Kritik auf vier Tatbestände: Die Bürgerferne der Parteien, ihr Versagen bei der Lösung dringender Gemeinschaftsaufgaben, die parteipolitische Mediatisierung des gesamten Staatsapparates und die Beutementalität der Parteien.

Um zu prüfen, ob die Bevölkerung die Rolle der Parteien tatsächlich in der beschriebenen Weise wahrnimmt und ob sich das Bild der Parteien in der Öffentlichkeit in dieser Hinsicht verschlechtert hat, benötigt man außerordentlich differenzierte Meßinstrumente. Die entsprechenden Langzeitdaten liegen aber weder für die Bundesrepublik noch gar für mehrere Staaten vor. Insofern ist die international vergleichende empirische Forschung gezwungen, auf weniger anspruchsvolle Instrumente zur Messung der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu den politischen Parteien zurückzugreifen.

In der empirischen Wahl- und Parteienforschung etablierte sich seit den fünfziger Jahren das Konzept der *Parteiidentifikation*. [11] In Anlehnung an die sozialpsychologische Bezugsgruppentheorie bezeichnet man als Parteiidentifikation „eine Art langfristig wirksame affektive Bindung des einzelnen an eine Partei“ [12] bzw. – noch plastischer – eine „psychologische Parteimitgliedschaft“. [13] Abramson [14] schreibt der Parteiidentifikation vier Funktionen zu, über die sich meiner Meinung nach eine sinnvolle Verbindung zur aktuellen Diskussion über das Problem der Politikverdrossenheit herstellen läßt. Nach Abramson trägt die psychische Bindung an eine Partei zur individuellen Meinungsbildung bei und stärkt die politische Urteils-

fähigkeit, sie beeinflusst die Wahlentscheidung von Individuen und damit die parteipolitische Kräfteverteilung in einer Nation, sie fördert die Bereitschaft zur politischen Partizipation und sie stabilisiert das politische System, indem sie das Aufkommen neuer politischer Gruppierungen erschwert. Ein Rückgang der Parteibindung ist also möglicherweise mit einer Reihe negativer Konsequenzen für die Rolle des Individuums in der Politik und für die Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems verbunden.

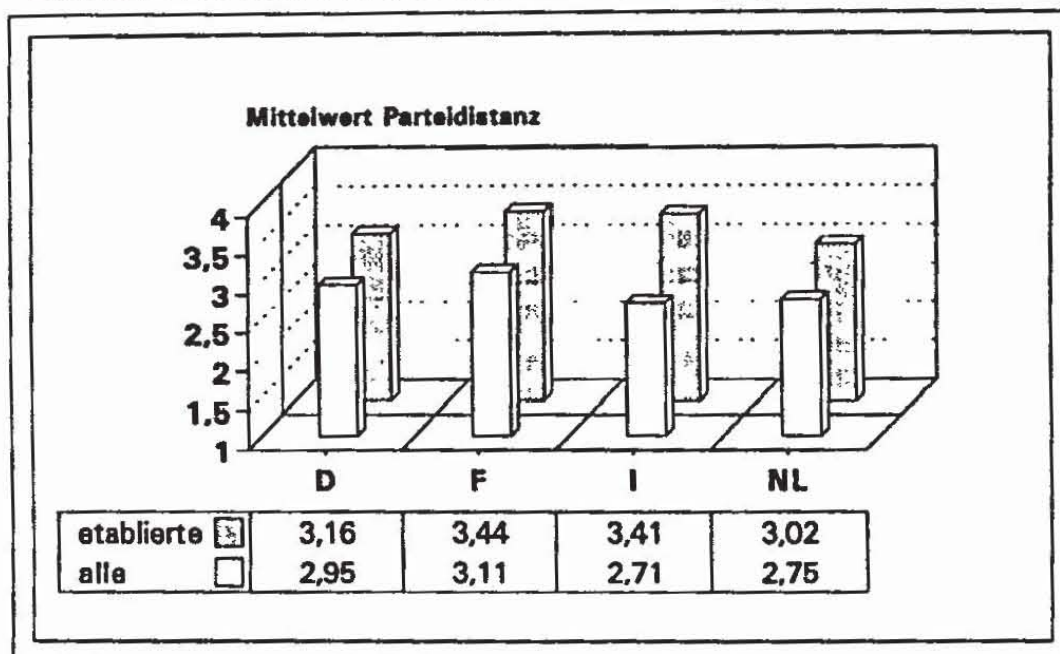
Über die Anwendbarkeit des Parteiidentifikationskonzeptes auf die politischen Strukturen westeuropäischer Demokratien wurde in der empirischen Politikforschung eine intensive Diskussion geführt. [15] Nachdem das Meßproblem einigermaßen zufriedenstellend gelöst werden konnte, fand das Konzept in der Analyse der Parteiensysteme Westeuropas einen festen Platz. Die von der EG-Kommission veranlaßten Eurobarometer-Umfragen enthalten seit 1975 eine Frage nach der Verbundenheit der Bevölkerung mit den Parteien, die zwar nicht identisch mit den in nationalen Umfragen eingesetzten Instrumenten ist, aber als eine brauchbare Annäherung an die entsprechende Einstellung angesehen werden kann. [16]

Eine schwache Parteiidentifikation darf allerdings nicht ohne weiteres mit Parteienverdrossenheit gleichgesetzt werden. Sie kann vielmehr auf ganz unterschiedlichen Motiven basieren, zu denen unter anderem – aber keineswegs ausschließlich – Unzufriedenheit mit den Parteien gehört. Als weitere Beweggründe für eine geringe Bindung an eine Partei kommen ein generelles Desinteresse an der Politik (der Parteien) oder ein Bedeutungsverlust der Parteien als Orientierungsmarken im politischen Leben in Frage. Trotz dieser Vorbehalte gegen eine Gleichsetzung von schwacher Parteibindung und Parteiverdrossenheit erscheint es möglich, aus der Analyse der Parteiverbundenheit einige Aufschlüsse über die Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zu den politischen Parteien zu erhalten. So erscheint die Annahme plausibel, daß die Lockerung der Parteibindungen einen ersten Schritt beim Entstehen von Parteiverdrossenheit markiert. Demzufolge dürfte Parteiverdrossenheit vor allem unter Personen mit einer schwachen Parteibindung zu finden sein. Zudem könnte eine im Zeitverlauf deutlich rückläufige Parteibindung unter anderem auf eine zunehmende Kritik an den Parteien hindeuten. Dies gilt vor allem dann, wenn sich zusätzlich zur Lockerung der Parteibindung weitere Anzeichen politischer Unzufriedenheit feststellen lassen.

Auf die Existenz von Parteiverdrossenheit kann somit geschlossen werden, wenn

1. in den untersuchten Ländern eine sehr schwache Bindung an die politischen Parteien vorherrscht und wenn
 2. diese Einstellung im untersuchten Zeitraum zunimmt.
- Im folgenden Untersuchungsschritt soll die generelle Einstellung der Bevölkerung zu den politischen Parteien dargestellt werden. Zu diesem Zweck wird zunächst das im Durchschnitt sämtlicher zwischen 1975 und 1992 durchgeführter Umfragen ermittelte Niveau der Parteibindung beschrieben. Auf diese Weise erhält man eine von tagespolitischen Effekten weitgehend bereinigte Information über das generelle Niveau der Parteibindung in einer Nation bzw. über die Langfristkomponente der Bindung der Bevölkerung an die politischen Parteien.

Abbildung 1
Distanz zu den Parteien in Westeuropa, 1975 - 1992



Quelle: Eurobarometer 4-38
(Angaben: Mittelwert aus allen Erhebungen)

Wie ein Blick auf Abbildung 1 zeigt, weisen die empirischen Befunde über die Parteibindung in den vier westeuropäischen Ländern eine Gemeinsamkeit auf. Die über den gesamten Untersuchungszeitraum ermittelten Durchschnittswerte indizieren, daß der weitaus größte Teil der Bürgerinnen und Bürger sich allenfalls als Sympathisant einer bestimmten Partei einstuft, aber keine enge Bindung an diese entwickelt. Besonders deutlich ist diese Tendenz in Frankreich erkennbar, aber auch in den anderen drei Ländern weisen die Daten auf eine deutliche Distanz zwischen der Bevölkerung und den politischen

Parteien hin. Als parteiverbunden bezeichnen sich in Italien 36 % der Befragten, in Deutschland und den Niederlanden liegt dieser Wert etwa bei 30 und in Frankreich unter 20 %. [17] Welche Faktoren für diese schwache Parteibindung verantwortlich sind, läßt sich ohne tiefergehende Analysen nicht feststellen.

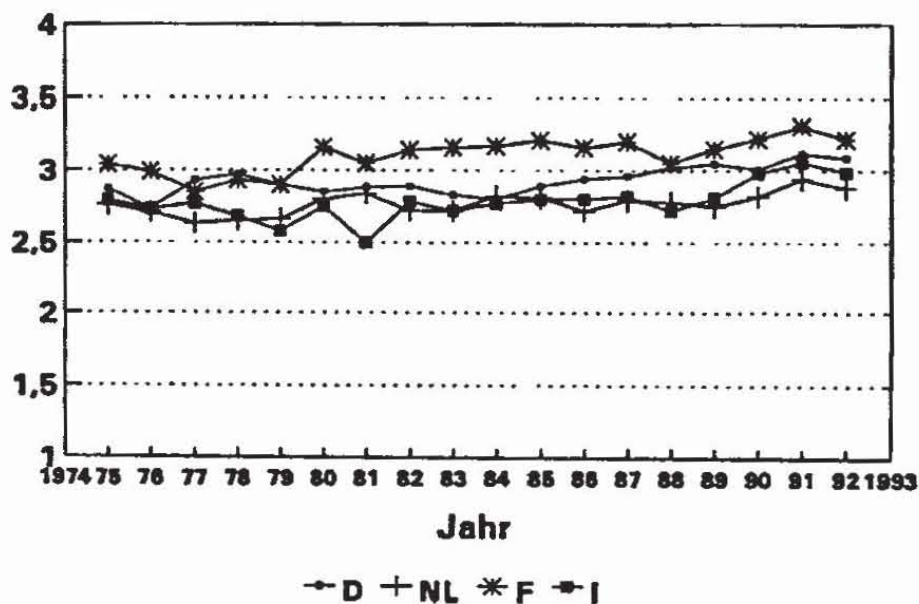
Unter dem Gesichtspunkt der möglichen Auswirkungen der Parteiidentifikation auf die Systemunterstützung kommt der Bindung an irgendeine beliebige Partei allerdings nur ein begrenzter Informationswert zu. Wie die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen, treten auf dem politischen Markt zunehmend Gruppierungen auf, die durch die Mobilisierung von Antisystemaffekten Wählerstimmen zu gewinnen versuchen und damit auch Erfolge erzielen. Eine enge Bindung eines zunehmenden Teils der Bevölkerung an Parteien wie die Republikaner oder die Kommunistische Partei Frankreichs, die in unserem bisherigen Indikator miterfaßt wird, kann gerade Ausdruck einer zunehmenden Distanz von der bestehenden politischen Ordnung und den diese tragenden Parteien sein. Insofern ist es im Kontext der Politikverdrossenheitsdebatte zwingend, zwischen der Parteibindung im allgemeinen und der Bindung an die etablierten Parteien eines Landes zu unterscheiden.

Empirisch erweist sich diese Unterscheidung zwischen den Parteien im allgemeinen und den etablierten Parteien als außerordentlich bedeutsam. Ausweislich der in Abbildung 1 enthaltenen Daten fällt die Bindung der Bevölkerung an die etablierten Parteien in allen vier Ländern noch wesentlich schwächer aus als die Parteibindung im allgemeinen. [18] In keinem der vier Länder liegt der Mittelwert unter 3, in Frankreich und Italien erheblich darunter. Dies zeigt an, daß der Durchschnittswähler in den Niederlanden und in Deutschland sich zwar als Sympathisant einer der etablierten Parteien versteht, aber keine enge Bindung zu ihnen entwickelt. Dagegen bewegen sich die in Italien und Frankreich gemessenen Mittelwerte im Grenzbereich zwischen Sympathie und Distanz, d.h.: die Gruppe der Sympathisanten ist in diesen beiden Ländern nur geringfügig größer als die Gruppe derjenigen, die sich keiner der etablierten Parteien verbunden fühlen. Eine auffällig große Distanz zwischen der Parteibindung im allgemeinen und der Bindung an eine der etablierten Parteien besteht in Italien. Dies hat natürlich in erster Linie mit der starken Position des früheren PCI und jetzigen PDS in der italienischen Politik zu tun. In diesen Daten deutet sich an, daß die systemtragenden politischen Gruppierungen Italiens - also die Democrazia Christiana und ihre kleinen Koalitionspartner - bereits vor der Systemtransformation im März 1994 nur

einen kleinen Teil der italienischen Wähler an sich binden konnten: die der Parteiidentifikation zugeschriebene systemstabilisierende Funktion war im Falle Italiens nicht wirksam.

Auch wenn man diese Befunde aus den erwähnten Gründen nicht unbesehen mit der Existenz von Parteiverdrossenheit gleichsetzen darf, ist das Verhältnis der Bevölkerung zu den Parteien, vor allem zu den etablierten Parteien, in allen vier untersuchten Ländern durch eine große affektive Distanz bestimmt. Welche Gründe für die allenfalls lockere Bindung der Wähler an die Parteien maßgeblich sind, müßte durch weiterführende empirische Analysen geklärt werden. Jedoch dürfte die schwache Parteibindung eine der wichtigsten Ursachen für die starken Verschiebungen im parteipolitischen Kräftespiel der westeuropäischen Staaten darstellen. Ungeachtet ihres von Nation zu Nation unterschiedlichen Ausmaßes gehört die Distanz zu den politischen Parteien offensichtlich zu den gemeinsamen Elementen der politischen Kultur aller vier Staaten, und sie ist darüber hinaus in weiteren westlichen Nationen anzutreffen. [19]

Abbildung 2a
Distanz zu den Parteien in Westeuropa, 1975 bis 1992

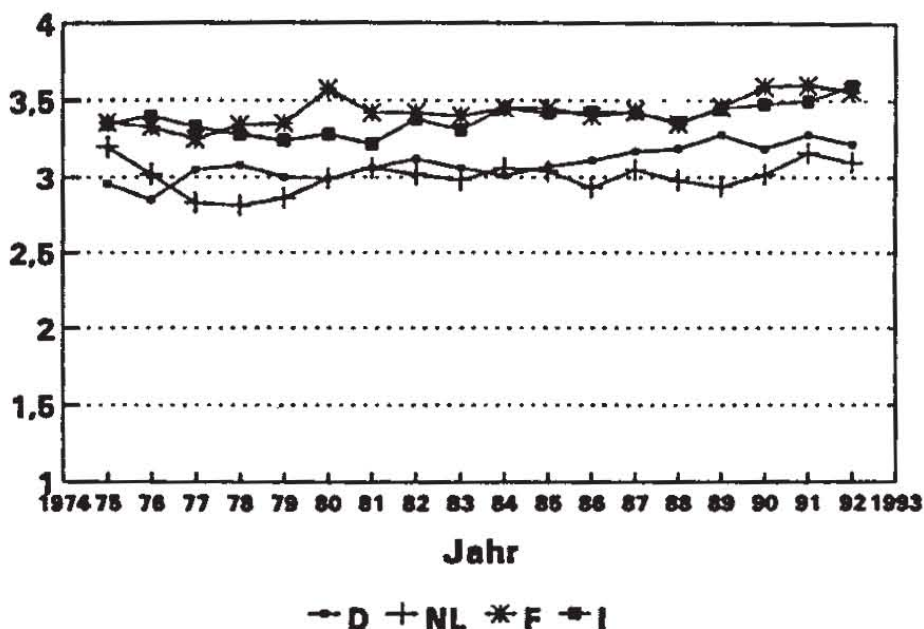


Quelle: Eurobarometer 4-38
(Angaben: Mittelwert)

Politik- und Parteienverdrossenheit werden in der Literatur nicht als statische Phänomene dargestellt. Vielmehr liegt den meisten Untersuchungen die mehr oder weniger ausdrücklich formulierte Annahme zu Grunde, die Beziehung der Bevölkerung zur Politik und den Parteien

sei im Laufe der Zeit störungsanfälliger geworden bzw. von einer zunehmenden Entfremdung charakterisiert. Wenn diese Annahme zutrifft, dann müßte sich auch die Parteibindung der Bürgerinnen und Bürger der vier westeuropäischen Staaten zunehmend gelockert haben. Ob dies der Fall ist, soll nachfolgend erneut getrennt für alle Parteien und für die etablierten Parteien dargestellt werden. Da die Entwicklung der beiden Trendlinien auf unterschiedlichem Niveau sehr ähnlich verläuft, reicht es aus, bei der Beschreibung lediglich auf das allgemeine Entwicklungsmuster einzugehen, ohne die vorhandenen Differenzen in der Entwicklung der Bindung an die Parteien im allgemeinen und an die etablierten Parteien im besonderen detailliert zu beleuchten.

Abbildung 2b
Distanz zu den etablierten Parteien in Westeuropa, 1975 bis 1992



Quelle: Eurobarometer 4-38
 (Angaben; Mittelwert)

Auf den ersten Blick lassen die Abbildungen 2a und 2b einerseits eine Parteibindung erkennen, andererseits treten aber auch situationsspezifische Schwankungen auf. Ein für den gesamten Untersuchungszeitraum typischer Entwicklungstrend ist nicht feststellbar. Vielmehr gibt es im Verhältnis der Bevölkerung zu den (etablierten) Parteien Höhen und Tiefen. Während der gesamten Periode, für welche Daten zur Verfügung stehen, befanden sich die italienischen und französischen Wähler in einer größeren Distanz zu den etablierten Parteien als die Befragten in Deutschland und in den Niederlanden.

Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre scheint sich in allen vier Ländern ein einheitlicher Trend durchgesetzt zu haben, der in Deutschland früher einsetzte als in den anderen drei Staaten und eine wachsende Distanz zu den politischen Parteien mit sich brachte. Diese Entwicklung begann in Deutschland 1984 und wurde lediglich durch die Wiedervereinigungseuphorie des Jahres 1990 kurzzeitig unterbrochen. In den anderen drei Ländern machte sich die Lockerung der Parteiloyalitäten erst seit 1988 bzw. 1989 bemerkbar. Die Ablösung der Bürgerinnen und Bürger von den Parteien setzte sich im Zeitraum 1991/92 in keinem der vier untersuchten Staaten fort. Allerdings bleibt abzuwarten, ob damit eine Trendwende eingeleitet wurde. Die Einstellungen zu den etablierten Parteien entwickelten sich ähnlich.

Aus der Analyse der Parteiverbundenheit ergeben sich somit einige grobe Anhaltspunkte für das Vorhandensein bzw. die Zunahme von Parteienverdrossenheit. Zu keinem Zeitpunkt war das Verhältnis der Bevölkerung zu den Parteien in den vier untersuchten Ländern von begeisterter Zustimmung charakterisiert, allerdings auch in keinem von völliger Ablehnung oder Indifferenz. Soweit ein Entwicklungstrend erkennbar ist, weist er in eine negative Richtung, stützt also die These von der Lockerung der Bindung der Bevölkerung an die politischen Parteien, insbesondere an die etablierten Parteien.

Zumindest für die Bundesrepublik sind auf der Basis vorliegender Untersuchungen differenziertere Aussagen über die Gründe der Parteienkritik möglich. Während die Ursachen für die Distanz zu den Parteien in der ersten Hälfte der achtziger Jahre primär im symbolisch-affektiven Bereich lagen und weniger auf einer negativen Bewertung der Leistung der Parteien auf konkreten Politikfeldern beruhten [20], scheint sich das Bild in jüngster Zeit gewandelt zu haben. Wie Hans Rattinger [21] in seiner differenzierten Analyse der Parteiorientierungen feststellte, steht die Parteienverdrossenheit in Westdeutschland in einem engen Zusammenhang mit zahlreichen anderen Orientierungen. An erster Stelle sind Zweifel an der Problemlösungskompetenz der Parteien zu nennen, an zweiter Stelle rangiert das Gefühl, daß die Parteien die Interessen der Bevölkerung nicht vertreten bzw. mit den Befragten in der Beurteilung zentraler politischer Fragen (z.B. § 218) nicht übereinstimmen. Die Wahrnehmung der Wirtschaftslage bzw. der politischen Entwicklung in ausgewählten Themenfeldern ist zwar für die Einstellung zu den politischen Parteien nicht unerheblich, im Vergleich mit den vorgenannten Orientierungen aber von untergeordneter Bedeutung. [22]

3. Parteibindung und Systemunterstützung

3.1. Struktur und Entwicklung der Systemunterstützung

Aussagen über die politische Tragweite der beschriebenen Veränderungen des Verhältnisses der Bevölkerung zu den Parteien sind nur auf der Basis genauerer Untersuchungen des Zusammenhanges zwischen der Parteiidentifikation und anderen Einstellungen zum politischen System möglich. Die von Abramson [23] formulierte Annahme, die Parteiidentifikation fungiere in der Demokratie als ein stabilisierender Faktor, kann sich somit in der empirischen Analyse als richtig oder als falsch erweisen – je nachdem, wie die Parteiidentifikation mit anderen Orientierungen zusammenhängt.

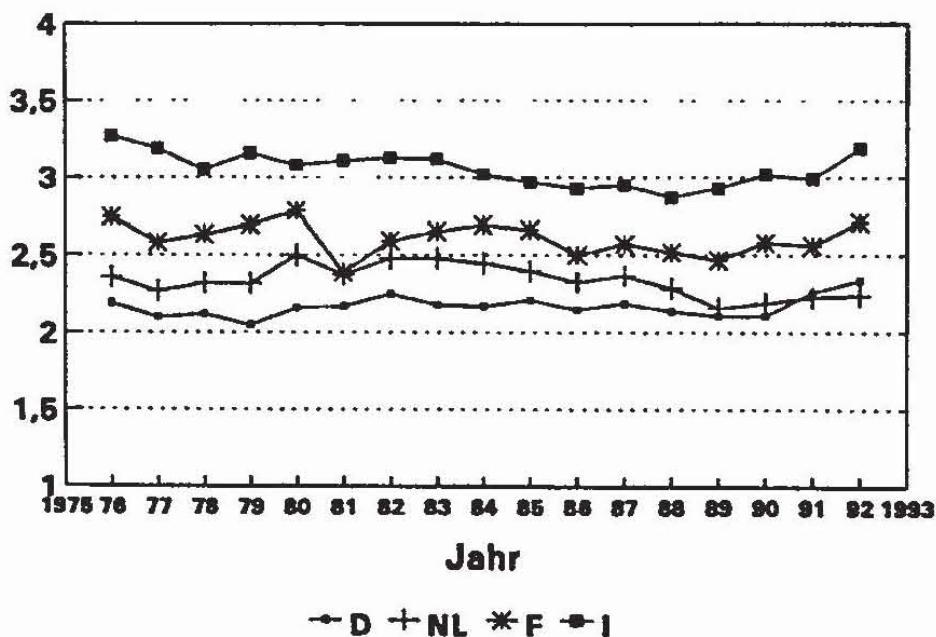
Etliche Beobachter der politischen Entwicklung der westlichen Demokratien betrachten ein Übergreifen der Parteiverdrossenheit auf das generelle Verhältnis der Bevölkerung zum Staat und zur Politik als einen ausgemachten Tatbestand, zumindest aber als eine reale Gefahr. Wenn etwa für Hildegard Hamm-Brücher [24] eine „veritable Akzeptanzkrise unserer so genannten Parteiendemokratie ... in der Luft [liegt]“, dann schwingt in dieser Feststellung die Befürchtung mit, daß sich die Parteienverdrossenheit mittlerweile zu einer allgemeinen Politik- und Staatsverdrossenheit ausgewachsen hat. Auf der Basis seiner Analyse der Implikationen der Parteiverdrossenheit in Deutschland kommt Rattinger [25] zu einem ähnlichen Ergebnis. Nach den von ihm vorgelegten Befunden „hat der Popularitätsverlust der Altparteien das Ansehen des politischen Systems und seiner Institutionen bereits geschädigt, und es besteht die Gefahr, daß dieser Prozeß bei einem weiteren Imageverlust der Parteien anhält. Parteiverdrossenheit und Politikverdrossenheit können nicht voneinander getrennt werden.“

Wenn die in der Staatsverdrossenheitsthese implizierte Annahme einer geringen bzw. rückläufigen Unterstützung des politischen Systems durch die Bevölkerung empirisch zuträfe und dieser Vorgang zudem auf eine Lockerung der Parteibindung zurückgeführt werden könnte, dann wären die westlichen Demokratien in der Tat mit einem schwerwiegenden Problem konfrontiert. Gemäß dem Prinzip der Volkssouveränität müssen die Prinzipien der politischen Ordnung in der Demokratie von einer breiten öffentlichen Zustimmung getragen werden. Ein Fehlen dieser Zustimmung oder ihr Rückgang ist als Anzeichen einer Akzeptanzkrise der politischen Ordnung zu deuten und kollidiert mit dem Selbstverständnis einer Demokratie.

In einer breiten, langfristig angelegten, international vergleichenden Perspektive wurde der Einfluß der Parteibindung auf die Systemunterstützung bisher allerdings nicht untersucht. Zu diesem Zweck steht umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung, das in unserem Zusammenhang nur sehr selektiv ausgewertet werden kann. In den folgenden Teilen dieses Beitrages sollen zwei Aspekte des Verhältnisses der Bevölkerung zur Politik und deren Verbindung zur Parteiidentifikation näher beleuchtet werden: die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und die Präferenz für eine demokratische Ordnung. Obgleich in der empirischen Forschung zahlreiche Instrumente zur Messung der Unterstützung des politischen Regimes durch die Bevölkerung eingesetzt wurden, steht für international vergleichende Längzeitanalysen nur eine einzige brauchbare Frage zur Verfügung, die sich auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bezieht. [26] Dieser Indikator liefert seit 1976 für sämtliche Mitgliedsstaaten der EG kontinuierlich erhobene Daten über das Ausmaß der Systemunterstützung. Wesentlich ungünstiger stellt sich die Datenlage für den zweiten Indikator, die Präferenz für eine demokratische Ordnung dar. Sie wurde lediglich zweimal, nämlich 1988 und 1992 erhoben. [27]

Zunächst werden diese beiden Aspekte des Orientierungssyndroms „Politikverdrossenheit“ beschrieben, und in einem zweiten Schritt wird ihre Beziehung zur Parteibindung untersucht.

Abbildung 3
Unzufriedenheit mit der Demokratie in Westeuropa, 1976 bis 1992



Quelle: Eurobarometer 6-38
(Angaben: Mittelwert)

Wie ein Blick auf die in Abbildung 3 enthaltenen Daten zeigt, variiert die Demokratiezufriedenheit in unseren vier Ländern beträchtlich. Die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande gehören zu den EU-Staaten, in denen sich die Mehrheit der Befragten positiv zum Funktionieren der Demokratie äußert, in Frankreich und vor allem in Italien dagegen herrschen negative Einstellungen vor. [28]

Ähnlich wie bei der Untersuchung der Parteibindung soll nachfolgend geprüft werden, ob sich die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie zwischen 1976 und 1992 änderte und ob das Muster des Einstellungswandels – sofern er sich nachweisen läßt – die These von der Zunahme der Politikverdrossenheit stützt.

Zunächst ist einmal festzuhalten, daß die auf der Basis der Durchschnittswerte ermittelte Reihenfolge der vier Länder, von wenigen Ausnahmen abgesehen, für den gesamten Untersuchungszeitraum charakteristisch ist. Lediglich im Zeitraum 1991/1992 war eine Abweichung von dem generellen Muster politischer Orientierungen festzustellen: In diesen beiden Jahren war die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland stärker ausgeprägt als in den Niederlanden. Ähnlich wie bei der Analyse der Parteiverbundenheit ist ein den gesamten Untersuchungszeitraum prägendes Entwicklungsmuster in der Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie nicht festzustellen. Es fällt aber erneut auf, daß die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in allen vier Ländern zunahm. Diese Entwicklung setzte in Italien und Frankreich nicht nur früher ein als in Deutschland und in den Niederlanden, sie ist auch in ihrem Ausmaß etwas stärker – vor allem im Vergleich mit den Niederlanden. Die Annahme einer (wachsenden) Politikverdrossenheit läßt sich durch die verfügbaren Daten nicht so klar belegen wie die These von der Lockerung der Parteibindungen. Wenn man also die Frage nach der Demokratiezufriedenheit als einen verlässlichen Indikator der Politikverdrossenheit interpretieren darf, dann stellt sich die Sachlage bei der Systemunterstützung im internationalen Vergleich anders dar als bei den Einstellungen zu den politischen Parteien. Von einer Politikverdrossenheit der Bevölkerungsmehrheit kann allenfalls in Italien und Frankreich die Rede sein, aber nicht in der Bundesrepublik und in den Niederlanden. Allerdings gibt es in den letzten vier Jahren in allen vier Ländern Anzeichen für eine Zunahme systemkritischer Einstellungen.

Dennoch darf die Kritik am (aktuellen) Funktionieren der Demokratie keineswegs mit generellen Vorbehalten gegen die Demokratie als Ordnungsmodell verwechselt werden. Wie die Daten aus den Jahren

1988 und 1992 verdeutlichen, geben mehr als 70 Prozent der Franzosen und Italiener sowie über 80 Prozent der Deutschen und der Holländer der Demokratie den Vorzug gegenüber anderen Formen politischer Ordnung. [29] Die Einstellung zur Demokratie als Ordnungsmodell blieb zwischen 1988 und 1992 in allen vier Ländern ziemlich stabil. Die artikulierte Kritik richtet sich somit in erster Linie auf das *aktuelle Erscheinungsbild* des politischen Systems, weniger auf die *Idee der Demokratie*.

Damit ist auf der Aggregatebene eine erste Aussage über das Muster der Beziehungen der Bevölkerung zur Politik möglich: Kritische Einstellungen zu den politischen Parteien sind ein Bestandteil der politischen Kultur aller vier hier untersuchten Länder. Sie werden in Italien und Frankreich von einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie begleitet. In Deutschland und in den Niederlanden gehen parteienkritische Orientierungen dagegen mit einer positiven Bewertung des politischen Systems einher. Als Ordnungsmodell wird die Demokratie in allen vier Ländern von einer breiten Mehrheit akzeptiert, allerdings ist der Konsens über die Unterstützungswürdigkeit einer demokratischen Ordnung in Deutschland und den Niederlanden breiter als in Frankreich und Italien. Auffälligerweise ist die Systemkritik in den beiden Ländern am stärksten ausgeprägt, in denen auch die größte Distanz zu den etablierten Parteien besteht.

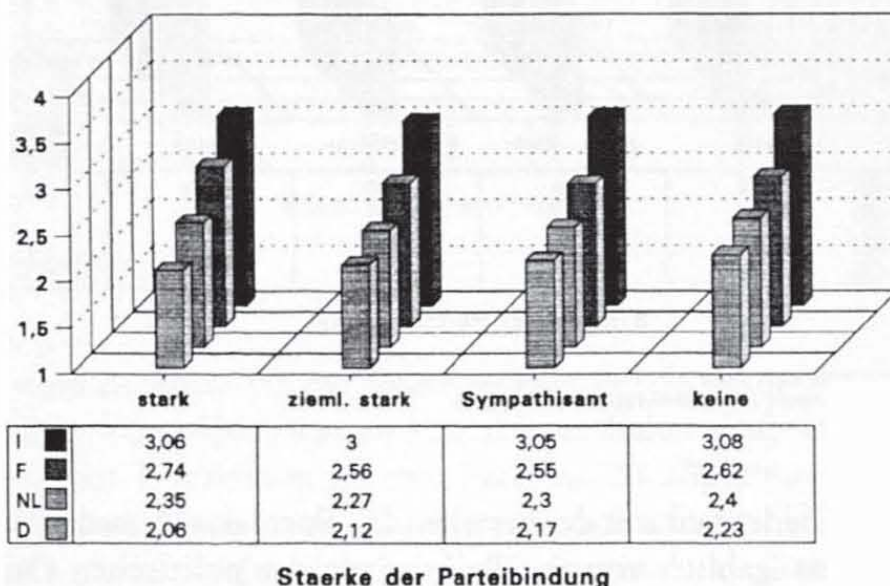
3.2. Der Zusammenhang zwischen Parteiverbundenheit und Systemunterstützung

Obgleich dieser erste Befund auf der Aggregatebene für die Annahme eines Zusammenhanges zwischen der Parteibindung und der Einstellung zur Demokratie spricht, wäre eine derartige Folgerung voreilig. Es ist vielmehr erforderlich, die Beziehung der Parteibindung zur Systemunterstützung auf der Individualebene zu untersuchen. Dies soll zunächst für den Zusammenhang zwischen der Parteibindung und der Demokratiezufriedenheit erfolgen. Hierfür stehen über den gesamten Zeitraum 1976 bis 1992 Daten zur Verfügung. Eine Analyse der Beziehung zwischen Parteibindung und Regimepräferenz ist dagegen bekanntlich nur auf einer schmalen Datenbasis möglich.

Die von Rattinger [30] getroffene Feststellung über die Schwierigkeit, zwischen Politik- und Parteiverdrossenheit zu differenzieren, bestätigt sich der Tendenz nach auch in dieser Untersuchung, zumindest was die Bundesrepublik angeht. Zwischen der Zufriedenheit mit dem Funktio-

nieren der Demokratie und der Intensität der Parteibindung besteht in der Bundesrepublik ein schwacher, aber klar erkennbarer Zusammenhang: Mit der Parteiverbundenheit steigt die Demokratiezufriedenheit. Allerdings ist dieses Beziehungsmuster nur für die Bundesrepublik typisch, aber nicht für die anderen drei Staaten. In Italien besteht zwischen diesen beiden Variablen überhaupt kein interpretierbarer Zusammenhang. In Frankreich und in den Niederlanden ist die Systemzufriedenheit bei Personen mit einer moderaten Parteibindung bzw. bei den Sympathisanten am stärksten ausgeprägt, das Fehlen von Parteibindungen geht mit überdurchschnittlich kritischen Einstellungen zur Demokratie einher. Allerdings sind auch unter den besonders loyalen Parteianhängern systemkritische Orientierungen weiter verbreitet als in der Gesamtbevölkerung (vgl. Abbildung 4a). Die generelle Annahme, von der Parteibindung gingen loyalitätsstiftende Wirkungen aus, läßt sich für unsere vier Länder in der Regel nicht bestätigen.

Abbildung 4a
Unzufriedenheit mit der Demokratie und Parteibindung, 1976 bis 1992

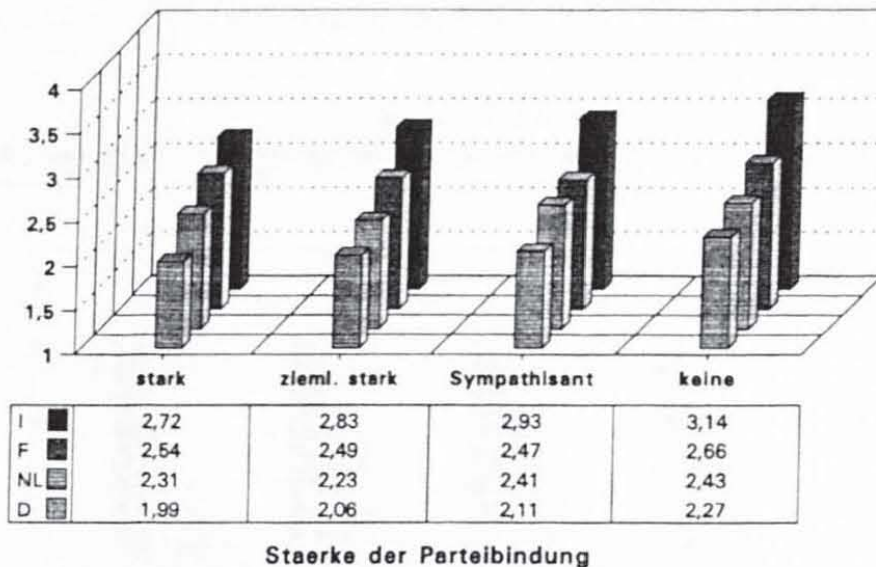


Quelle: Eurobarometer 6-38
 (Angaben: Mittelwert der Demokratiezufriedenheit)

Wenn man bedenkt, daß in Frankreich und Italien relativ starke Parteien am linken und rechten Rand des Parteiensystems agieren, ist dieses Ergebnis nicht als Überraschung zu werten. Aus diesem Grunde erscheint es sinnvoll, gesondert den Zusammenhang zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Bindung an die etablierten Parteien zu prüfen. Bei einer entsprechenden Veränderung der Betrachtungs-

perspektive ergeben sich allerdings nur für Italien neue Erkenntnisse, im übrigen bestätigen sich im großen und ganzen die zuvor beschriebenen Strukturen. In Italien und Deutschland geht mit einer Intensivierung der Bindung an eine etablierte Partei eine zunehmende Systemzufriedenheit einher, in Frankreich und in den Niederlanden besteht eine derartige Wechselwirkung zwischen Parteibindung und Systemzufriedenheit nicht. Allerdings sind die Einstellungen zur Demokratie auch in diesen beiden Ländern besonders kritisch, wenn keine Bindung an eine etablierte Partei vorliegt (vgl. Abbildung 4b).

Abbildung 4b
Unzufriedenheit mit der Demokratie und Distanz zu den etablierten Parteien,
1976 - 1992



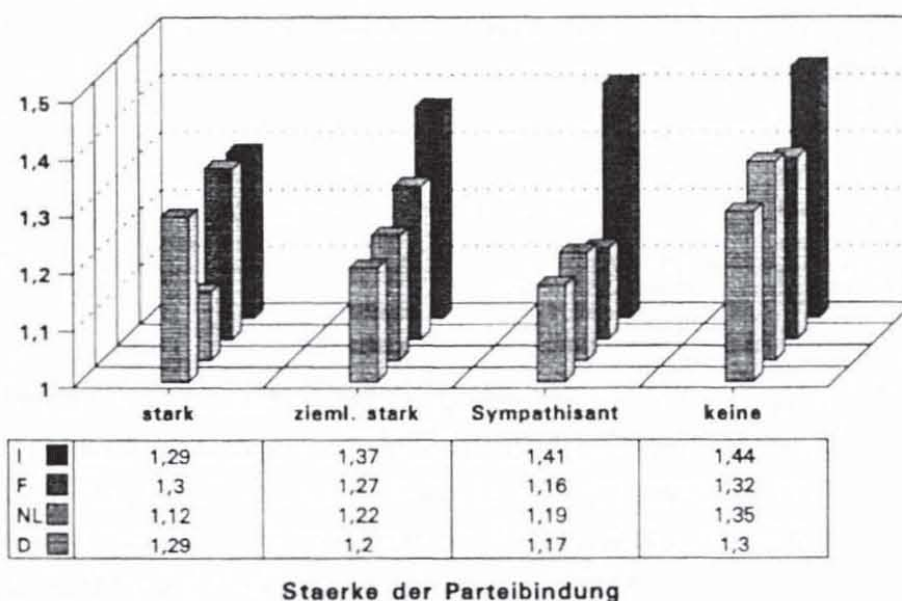
Quelle: Eurobarometer 6-38
(Angaben: Mittelwert der Demokratiezufriedenheit)

Da die Zufriedenheit mit der bestehenden Form der Demokratie unter anderem maßgeblich von der Performanz der politischen Ordnung geprägt sein dürfte, ist der Nachweis eines lockeren Zusammenhanges zwischen der Parteibindung und der Systemzufriedenheit eigentlich nicht als Überraschung anzusehen. Erstaunlich ist eher die relativ schwache Beziehung zwischen diesen beiden Größen. Ein erheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger der vier untersuchten Staaten definiert somit die Beziehung zur bestehenden Form der Demokratie relativ unbeeinflusst von der Bewertung der Parteien.

Ein noch schwächerer Zusammenhang dürfte zwischen der Parteibindung und der Präferenz für ein demokratisches Regime bestehen;

denn die Einstellung zur Demokratie als Ordnungsmodell dürfte kaum von tagespolitischen Einstellungen, sondern eher von grundsätzlichen Vorstellungen von der angemessenen Form des politischen Zusammenlebens von Menschen bestimmt werden. Dementsprechend könnte die Stabilität des demokratischen Institutionensystems in Gefahr geraten, wenn ein Transfer von Parteiorientierungen auf die Regimebewertung stattfände.

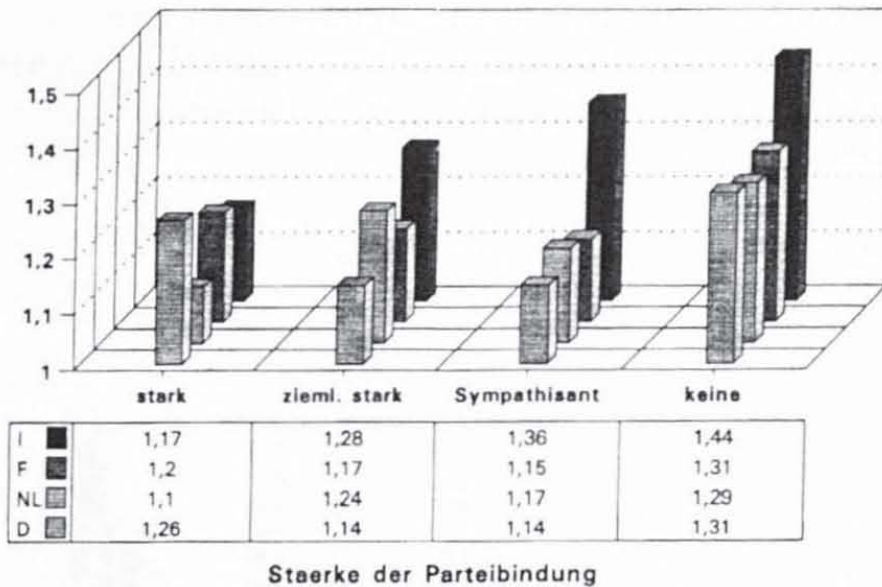
Abbildung 5a
Präferenz fuer eine demokratische Ordnung und Parteibindung, 1988 und 1992



Quelle: Eurobarometer 30,37
(Angaben: Mittelwert der Regimepräferenz)

Daten zum Zusammenhang zwischen Parteibindung und Regimepräferenz sind in den Abbildungen 5a und 5b enthalten. Dabei wird wieder zwischen der Einstellung zu den Parteien im allgemeinen und der Bindung an die etablierten Parteien unterschieden. In beiden Fällen zeigt sich, daß zwar die Mehrheit der Befragten in allen vier Ländern einem demokratischen Regime gegenüber möglichen Alternativen den Vorzug gibt, daß aber zumindest graduelle Effekte der Parteibindungen auf die Regimepräferenz nachweisbar sind. Dies gilt für die Bindung an die etablierten Parteien wie für die Parteibindung im allgemeinen. Das Beziehungsmuster fällt allerdings in den vier Ländern uneinheitlich aus: Nur in Italien steigt mit der Intensität der Parteibindung die Präferenz für ein demokratisches Regime, wobei dieser Effekt vor allem bei der Betrachtung der Bindung an die etablierten Parteien hervortritt. Auch in den Niederlanden fällt die Unterstützung für eine demokra-

Abbildung 5b
 Praeferenz fuer ein demokratisches Regime und Distanz zu den etablierten Parteien,
 1988 und 1992



Quelle: Eurobarometer 30,37
 (Angaben: Mittelwert der Regimepraferenz)

tische Ordnung in der Gruppe der loyalen Parteianhänger am stärksten aus. Jedoch besteht, anders als in Italien, kein durchgängiger und systematischer Zusammenhang zwischen diesen beiden Orientierungen. Wiederum ein anderes Bild zeigt sich in Deutschland und Frankreich, wo eine moderate Parteibindung die Unterstützung einer demokratischen Ordnung begünstigt. Lediglich in einem Punkte stimmen die Befunde für alle vier Länder miteinander überein: Die größte Bereitschaft, Alternativen zu einem demokratischen Staat in Erwägung zu ziehen, besteht unter den Befragten, die sich keiner Partei verbunden fühlen. Dabei ist es unerheblich, ob die Bindung an Parteien überhaupt oder die Bindung an etablierte Parteien gemessen wird. Dieser Befund ist unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten nicht uninteressant, deutet er doch auf eine systemintegrative Funktion hin, die bereits bei einem minimalen Ausmaß an Verbundenheit mit den politischen Parteien auftritt. Allerdings sollte dieser Effekt nicht überinterpretiert werden, da die Parteibindung und die Regimepräferenz nur in einer sehr lockeren Wechselbeziehung zueinander stehen.

4. Zusammenfassung, Diskussion und Schlußfolgerungen

Gegenstand dieses Beitrages war die Auseinandersetzung mit dem Wort des Jahres 1992, der Politikverdrossenheit. Politiker, Journalisten und Wissenschaftler glauben, in den vergangenen Jahren eine Zunahme der Politikverdrossenheit in den westlichen Demokratien konstatieren zu können und stützen ihre Behauptung auf Indikatoren, gegen die sich auf den ersten Blick wenig einwenden läßt: den Rückgang der Wahlbeteiligung, die Erfolge von Protestparteien und die damit verbundene Abwendung von den etablierten Parteien.

Bei näherer Betrachtung erweist sich diese Sicht der Dinge als problematisch. Bereits die Verwendung des Begriffs „Politikverdrossenheit“ bedarf einer kritischen Prüfung, basiert sie doch auf der Annahme gleichförmiger Beziehungen der Bevölkerung zu allen Aspekten des politischen Lebens. Zumindest analytisch lassen sich in den politischen Einstellungen unterschiedliche Dimensionen ausmachen, deren Beziehung zueinander sorgfältig zu untersuchen ist: Die Einstellung zu den Politikern muß nicht identisch sein mit der Einstellung zu den politischen Institutionen, welche sie repräsentieren, und das Verhältnis zu einer einzelnen politischen Institution oder Organisation wie dem Bundestag oder einer politischen Partei kann sich von der Einstellung zum Staat, zur Demokratie oder zur Nation unterscheiden. In diesem Sinne stellen auch Martin und Sylvia Greiffenhagen [31] fest: „Politikverdrossenheit meint Verschiedenes: Verdrossenheit an Politikern, Verdrossenheit an Parteien, Verdrossenheit am Staat und seinen Institutionen, Verdrossenheit an der Politik überhaupt“. Nicht allein im Hinblick auf die Adressaten, sondern auch auf die Motive der Unzufriedenheit und die Konsequenzen dieses Unbehagens für die Stabilität und Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen ist eine differenziertere Sichtweise angesagt, als man sie in etlichen Beiträgen zum Thema Politikverdrossenheit findet.

Mit anderen Worten: wenn man nicht sorgfältig zwischen den Adressaten und Ausprägungen von Politikverdrossenheit differenziert und statt dessen mögliche Unterschiede auf dem Definitionswege eliminiert, riskiert man ziemlich irreführende Aussagen über das Verhältnis der Bevölkerung zur Politik. Es kann durchaus möglich sein, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht zwischen einzelnen Aspekten seiner Beziehung zur Politik unterscheidet, sondern das politische Leben als einheitliche Größe wahrnimmt. Solange eine genaue Prüfung der empirischen Tragfähigkeit dieser Annahme nicht

erfolgt, ist gegenüber der pauschalen Behauptung von Politikverdrossenheit Vorsicht am Platze.

Skepsis gegenüber der Politikverdrossenheitsthese ist noch aus einem zweiten Grunde angebracht. Schon vor mehr als zwanzig Jahren, als es in der Bundesrepublik keinerlei manifeste Anzeichen für Störungen im Verhältnis der Bevölkerung zur Politik gab, stellten systemkritische Autoren rechter wie linker Provenienz eine tiefe Krise von Politik und Gesellschaft fest. Auf die Erfindung der Legitimationskrise durch die Neomarxisten reagierten Konservative mit der Unregierbarkeits- these. Beiden Seiten könnte man aus heutiger Sicht geradezu prophetische Gaben attestieren, zum damaligen Zeitpunkt basierten die betreffenden Aussagen - wie Kaase [32] zutreffend feststellte - nicht auf einer Spur von empirischer Evidenz. Daß dies eine gewisse Vorsicht im Umgang mit der aktuellen Politikverdrossenheitskonjunktur ratsam erscheinen läßt, dürfte einleuchten.

Im Unterschied zu den siebziger Jahren stehen heute einige international vergleichende Längsschnittdaten zur Verfügung, auf deren Grundlage sich prüfen läßt, wie sich das Verhältnis der Bevölkerung zu den Parteien und zum Staat in westlichen Demokratien darstellt und welche Entwicklung es genommen hat. Wie bereits die hier gegebene, knappe Übersicht über die Einstellungen zu den Parteien und zur Demokratie zeigt, wird die pauschale Behauptung einer Politikverdrossenheit den tatsächlichen politischen Verhältnissen in Westeuropa nicht gerecht. In allen vier untersuchten Ländern stellt sich die Demokratie als die allgemein akzeptierte Form des politischen Zusammenlebens dar. Allenfalls eine kleine Minderheit der Bevölkerung steht der Idee der Demokratie grundsätzlich kritisch gegenüber. Eine als Staatsverdrossenheit zu charakterisierende, weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie läßt sich nur in Italien konstatieren. Dort hat sie allerdings mittlerweile zu einem tiefgreifenden Wandel des Parteiensystems und möglicherweise der politischen Strukturen in ihrer Gesamtheit geführt. In Frankreich halten sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit in etwa die Waage. In Deutschland und den Niederlanden unterstützt eine breite Mehrheit der Bevölkerung nicht allein das Ordnungsmodell der Demokratie, sondern auch dessen Ausgestaltung in der politischen Praxis. Ob die in den letzten Jahren zu konstatierende Zunahme systemkritischer Orientierungen in allen vier Ländern eine vorübergehende Erscheinung oder der Auftakt zu einer Krise der Demokratie ist, läßt sich derzeit noch nicht sagen.

Die politischen Parteien stehen seit langer Zeit im Zentrum der

Debatte über die Störungen im Verhältnis zwischen Bürgern und Politik. Auch dies könnte man zum Anlaß nehmen, die Politikverdrossenheitsthese zu problematisieren. Wenn das Unbehagen an den Parteien eine ständige Erscheinung in der Parteiendemokratie ist – wo liegt dann das Problem? Bislang scheinen die westlichen Demokratien und die sie tragenden Parteien doch offenkundig recht gut mit den weit verbreiteten Antiparteienaffekten fertig geworden zu sein. Immerhin geben die verfügbaren Daten über die Einstellungen zu den (etablierten) Parteien und über deren jüngste Entwicklung den Parteienkritikern bis zu einem gewissen Grade recht. Nur eine relativ kleine Minderheit unter den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Niederlande fühlt sich den Parteien verbunden, und die ohnehin schwachen Bindungen haben sich während der letzten Jahre weiter gelockert. Zwar besteht in allen vier Ländern allenfalls eine schwache und zumeist inkonsistente Beziehung zwischen der Parteibindungen und den Einstellungen zur Demokratie, doch ist das systemkritische Potential in allen vier Ländern vor allem in der Gruppe der Befragten ohne Parteibindung auszumachen. Besonders deutlich zeigt sich die systemintegrierende Wirkung einer Bindung an die (etablierten) Parteien in Italien. Auch wenn man aus der aktuellen politischen Entwicklung in diesem Lande keine Folgerungen bezüglich der Zukunft der Demokratie in anderen Staaten der westlichen Welt ableiten darf, zeigt das Beispiel Italiens, daß eine Krise des Parteienstaates sich durchaus zu einer generellen Krise der Demokratie ausweiten kann. „Ansichten und Analyse einer schwierigen Beziehung“ betitelte Joachim Raschke [33] einen vor gut zehn Jahren erschienenen Sammelband über das Verhältnis der Bürger zu den Parteien. Vieles spricht dafür, daß diese schwierige Beziehung seither eher noch komplizierter geworden ist.

Anmerkungen

- 1 Die in diesem Beitrag verwendeten Daten entstammen den von der EG-Kommission in Auftrag gegebenen Eurobarometer-Umfragen EB4 bis EB38, die beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, zugänglich sind.
- 2 Hubert Kleinert: Die Krise der Politik. In: APuZ 34–35/1992, S. 15.
- 3 Richard Stöß: Parteikritik und Parteiverdrossenheit. In: APuZ 21/1990, S. 15.

- 4 Peter Haungs/Eckhard Jesse (Hrsg.): Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven. Köln 1987, S. 182.
- 5 Christian von Krockow/Peter Lösche: Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens. München 1986.
- 6 Hierbei ist vor allem an Landtags-, Kommunal- und Europawahlen zu denken.
- 7 Die neuen Bundesländer bleiben im Hinblick auf das Ziel eines langfristig angelegten Vergleichs unberücksichtigt. Hinweise zur Entwicklung der Einstellungen zu den Parteien in Ostdeutschland finden sich bei Karl-Heinz Dittrich: Das Bild der Parteien im vereinigten Deutschland. Für welche Bevölkerungsgruppen setzen sie sich ein? In: APuZ 34-35/1992, S. 26-35; bei Hans Rattinger: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit. In: APuZ 11/1993, S. 24-35; und bei Frank Brettschneider/Katja Ahlstick/Bettina Klett/Angelika Vetter: Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. In: Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2. Aufl. Opladen 1994, S. 441-626.
- 8 Yves Mény: Government and politics in Western Europe: Britain, France, Italy, West Germany. Oxford 1992, S. 65 ff.
- 9 Hartmut Jäckel: Parteiverdrossenheit: Kein Krisensymptom. In: Peter Haungs/Eckhard Jesse (Hrsg.): Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven. Köln 1987, S. 182-191.
- 10 Hans-Herbert von Arnim: Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt? In: APuZ 11/1993, S. 14 ff.
- 11 Angus Campbell u.a.: The American Voter. New York 1960.
- 12 Jürgen Falter: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? In: Politische Vierteljahresschrift 18/1977, S. 477.
- 13 Philip E. Converse: Of Time and Partisan Stability. In: Comparative Political Studies 2/1969, S. 144.
- 14 Paul R. Abramson: Political Attitudes in America. San Francisco, S. 72 ff.
- 15 Ian Budge/Ivor Crewe/David Fairlie (Hrsg.): Party Identification and Beyond. New York 1976.
- 16 Die Erhebungsfrage lautet folgendermaßen: „Gibt es eine politische Partei, der Sie nahestehen, d.h. fühlen Sie sich dieser Partei verbunden – ziemlich verbunden – bin nur Sympathisant bzw. stehe keiner Partei nahe?“ Die Antworten werden auf einer Vierpunkteskala verschlüsselt, wobei der Ausprägung „verbunden“ der Wert 1, der Ausprägung „keine Parteibindung“ der Wert 4 zugewiesen wird. In den folgenden empirischen Analysen wird der Mittelwert über die Vierpunkteskala präsentiert, d.h.: je höher dieser Wert ausfällt, desto negativer ist die Einstellung der Befragten zu den Parteien.
- 17 Vgl. Brettschneider (siehe Anmerkung 7), S. 566 f.
- 18 Leider steht zur Messung dieser Einstellung nur ein suboptimales

Instrument zur Verfügung. Da in den Eurobarometern nur die Intensität, aber nicht die Richtung der Parteibindung abgefragt wird, mußte hilfsweise auf eine Verknüpfung der Wahlabsichtsfrage („Sonntagsfrage“) mit der Frage nach der Intensität der Parteibindung zurückgegriffen werden. Da ein erheblicher Teil der Befragten zur Wahlabsicht keine Angaben macht, wird das Ausmaß der Bindung an eine der etablierten Parteien vermutlich durch den Meßvorgang unterschätzt. Ein zweites Problem betrifft die Eingrenzung der Gruppe der etablierten Parteien. Als etabliert wurden diejenigen Parteien eingestuft, die in der Nachkriegszeit mindestens einmal an der Regierung beteiligt waren. In der Bundesrepublik handelt es sich um die CDU/CSU, die SPD und die FDP, in Frankreich um den PS, den RPR und die UDF – der PC wurde abweichend vom üblichen Vorgehen nicht als etablierte Partei klassifiziert –, in Italien die DC, den PSI, den PSDI, den RPI und den PLI und in den Niederlanden den CDA, den VVD, die PvdA und die D66.

- 19 Russel J. Dalton/Robert Rohrschneider: Wählerwandel und die Abschwächung von Parteineigungen von 1972 bis 1987. In: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 297-324; Hans-Dieter Klingemann/Martin P. Wattenberg: Zerfall und Entwicklung von Parteiensystemen. In: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 325-344; Oscar W. Gabriel: Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2.Aufl. Opladen 1994, S. 96-133; Martin P. Wattenberg: The decline of the American political parties, 1952 -1988. Cambridge, Mass. 1990; zu weiteren Informationen vgl. Rattinger (siehe Anmerkung 7).
- 20 Oscar W. Gabriel: Parteien auf dem Prüfstand: Leistungsfähig, aber unbeliebt? In: Peter Haungs/Eckhard Jesse(Hrsg.): Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven. Köln 1987, S. 52-60.
- 21 Rattinger (siehe Anmerkung 7), S. 30 ff.
- 22 Dittrich (siehe Anmerkung 7), S. 31 ff.
- 23 Abramson (siehe Anmerkung 14), S. 72 ff.
- 24 Hildegard Hamm-Brücher: Wege in die und Wege aus der Politik(er)-verdrossenheit. In: APuZ 31/1993, S. 4.
- 25 Rattinger (siehe Anmerkung 7), S. 27.
- 26 Die Standard-Erhebungsfrage lautet: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie (in der Bundesrepublik) funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden - ziemlich zufrieden - ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?“ Wie bei der Parteibindung erfolgte die Verschlüsselung der Antworten auf einer Vierpunkteskala, wobei der Wert 1 für die Merkmalsausprägung „sehr zufrieden“ steht, der Wert 4 für die Ausprägung „sehr unzufrieden“. Die nachfolgend präsentierten Mittelwerte sind analog zu den Daten über die Parteiverbundenheit zu interpretieren.
- 27 Die Erhebungsfrage lautet: „Ich habe hier auf der Liste drei Ansichten

über verschiedene Staatsformen. Welche davon kommt Ihrer eigenen Ansicht am nächsten? 1. Die Demokratie ist die beste aller Staatsformen, ganz gleich, wie die Umstände ansonsten sein mögen; 2. Unter bestimmten Umständen könnte eine Diktatur durchaus gut sein; 3. Ob unser Staat eine Demokratie oder eine Diktatur ist, macht für Leute wie mich keinen Unterschied.“

28 Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2. Aufl. Opladen 1994, S. 107 ff.

29 Gabriel (siehe Anmerkung 19), S. 104 f.

30 Rattinger (siehe Anmerkung 7), S. 27.

31 Martin und Silvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im Vereinigten Deutschland. München 1992, S. 174.

32 Max Kaase: Legitimitätskrise in westlichen demokratischen Industriegesellschaften: Mythos oder Realität? In: Helmut Klages/Peter Kmiecik (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/New York 1979, S. 332, 344.

33 Joachim Raschke (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analyse einer schwierigen Beziehung. Opladen 1982.